



Rat der
Europäischen Union

051359/EU XXV.GP
Eingelangt am 17/12/14

Brüssel, den 14. November 2014
(OR. en)

14926/14
ADD 1

PV/CONS 54
ENV 865

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3342.** Tagung des Rates der Europäischen Union (**UMWELT**) vom
28. Oktober 2014 in Luxemburg

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

B-PUNKTE (Dok. 14406/14 OJ/CONS 54 ENV 837)

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN – ÖFFENTLICHE AUSSPRACHEN

3. Ökologisierung des Europäischen Semesters und der Strategie Europa 2020 –
Halbzeitüberprüfung 3

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

4. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2008/98/EG über Abfälle, 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle, 1999/31/EG über Abfalldeponien, 2000/53/EG über Altfahrzeuge, 2006/66/EG über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren sowie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte [erste Lesung] 3

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

**3. Ökologisierung des Europäischen Semesters und der Strategie Europa 2020 –
Halbzeitüberprüfung**

- Annahme von Schlussfolgerungen des Rates

14200/14 ENV 827 ECOFIN 907 SOC 682 COMPET 567 EDUC 304 ENER 428
FISC 153 IND 289 CONSOM 202 STATIS 106

Nach einem Gedankenaustausch nahm der Rat die Schlussfolgerungen auf der Grundlage einer Kompromissfassung des Vorsitzes an. Die Schlussfolgerungen sind in der Anlage des Dokuments 14731/14 wiedergegeben. Nach der Annahme der Schlussfolgerungen legte Deutschland die nachstehende Erklärung vor.

Erklärung Deutschlands

"Deutschland ist der Ansicht, dass der Ressourceneffizienz bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 größere Bedeutung beigemessen werden sollte. Gleichzeitig vertritt Deutschland jedoch den Standpunkt, dass Europa 2020 weiterhin fokussiert bleiben muss und die Anzahl der Kernziele deshalb nicht erhöht werden darf. Deutschland betont seine Auffassung, dass neue unverbindliche Zielvorgaben auf EU-Ebene in Bezug auf die Ressourceneffizienz nicht den Charakter von Kernzielen der Strategie Europa 2020 erhalten."

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

4. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2008/98/EG über Abfälle, 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle, 1999/31/EG über Abfalldeponien, 2000/53/EG über Altfahrzeuge, 2006/66/EG über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren sowie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2014/0201 (COD)

- Orientierungsaussprache

11598/14 ENV 655 COMPET 439 SAN 275 MI 520 IND 204 CONSOM 143
ENT 153 CODEC 1570

+ ADD 1

14060/1/14 ENV 816 COMPET 562 SAN 382 MI 753 IND 282 CONSOM 197
ENT 219 IA 8 CODEC 1977 REV 1

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung von sechs Abfallrichtlinien.

Die Delegationen begrüßten allgemein den Tenor des Kommissionsvorschlags, jedoch stellten die meisten Delegationen die vorgeschlagenen Ziele für Recycling, Wiederverwendung und Deponierung in Frage, da sie bezweifeln, dass diese Ziele innerhalb der vorgeschlagenen Fristen erreicht werden können und dass sie den unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung tragen.

Das Frühwarnsystem wurde allgemein begrüßt, jedoch forderten zahlreiche Delegationen eine Überarbeitung zur Verringerung der Verwaltungs- und Finanzlasten. Einige Delegationen fügten hinzu, dass das System den Mitgliedstaaten, die Nachholbedarf haben, als Unterstützung dienen sollte und dass den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, die vereinbarten Fristen für das Erreichen der Ziele zu verlängern.

Die Delegationen begrüßten ferner die vorgeschlagene Harmonisierung der Mindestanforderungen an Regelungen über die erweiterte Herstellerverantwortung, jedoch forderten zahlreiche Delegationen mehr Flexibilität, damit den konkreten Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden kann. Abschließend forderten mehrere Delegationen, dass der gesamte Lebenszyklus des Produkts, einschließlich des Aspekts der Abfallvermeidung, stärker berücksichtigt werden müsse.
